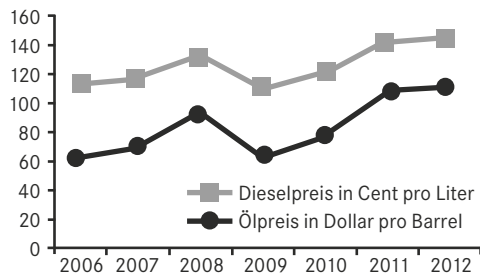


Pendlerinnen und Pendler entlasten – Spritpreise begrenzen!

Die Preise für Benzin und Diesel haben ein neues Rekordhoch erreicht. **Im Vergleich zu 1996 zahlen Verbraucher/innen mittlerweile das Doppelte.**

Die Preise sind direkt vom Weltmarktpreis für Rohöl abhängig. Aber dieser Preis ist kein Naturgesetz – er wird **durch Spekulationen in die Höhe getrieben**. Seit dem Platzen der Hypothekenblase in den USA spekulieren Investoren verstärkt mit Rohstoffen – also auch mit Rohöl. Somit bezahlen Verbraucher/innen an der Tankstelle einen Preis, der durch Börsenspekulation in die Höhe getrieben wurde.



Wegen der weltweit **nachlassenden Konjunktur sank die Nachfrage** nach Rohöl. Wenn die Preissteuerung von Angebot und Nachfrage abhängig wäre, hätte dies zu niedrigeren Preisen führen müssen. **Doch der Rohölpreis stieg!**

Die Mineralölkonzerne verdienen gut an den Spekulationsaufschlägen. Durch ihr Monopol können sie zudem die Preise an den Tankstellen bestimmen.

Die Ölkonzerne verdienen sich dabei eine goldene Nase. Die Gewinne der Öl-Multis im 4. Quartal 2011: Exxon Mobil: 9,4 Milliarden Dollar, BP: 7,6 Milliarden Dollar, Royal Dutch

Shell: 6,5 Milliarden Dollar. Diese Sprit-Abzockerei muss beendet werden! Denn **die Verbraucher/innen müssen das Benzin nehmen – egal wie teuer es ist**. Wo keine Busse und Bahnen fahren, müssen Pendler/innen das Auto benutzen. Das ist auch eine Folge der verfehlten Verkehrspolitik und der klammen Kassen der Kommunen. Am Personennahverkehr wird gespart, deshalb müssen viele ein Auto nehmen, um zur Arbeit zu kommen. Auch aus ökologischen Gründen ist es wichtig, dass die Preise nachvollziehbar sind.

In einigen Ländern, z. B. Luxemburg, gibt es eine gesetzliche Preisregulierung. Dort kostet das Benzin pro Liter etwa 30 Cent weniger als in Deutschland. Auch das ist möglich.

Deswegen fordert DIE LINKE:

- eine Erhöhung der Spritpreise nur mit Zustimmung des Kartellamtes,
- kurzfristig eine Erhöhung der Pendlerpauschale um 15 auf 45 Cent pro Kilometer,
- langfristig die Umwandlung der Pendlerpauschale in ein sozial gerechtes Pendlergeld, das Bezieher/innen kleiner und mittlerer Einkommen deutlicher entlastet,
- die Entwicklung eines leistungsfähigen Öffentlichen Personennahverkehrs,
- die Entflechtung der Mineralölkonzerne.

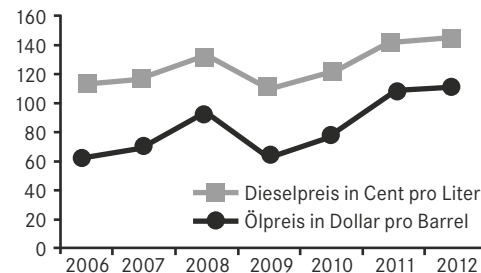
DIE LINKE.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 009 999; Fax: 030/24 009 541
partei.vorstand@die-linke.de
www.die-linke.de
V.i.S.d.P. Caren Lay, Werner Dreibus

Pendlerinnen und Pendler entlasten – Spritpreise begrenzen!

Die Preise für Benzin und Diesel haben ein neues Rekordhoch erreicht. **Im Vergleich zu 1996 zahlen Verbraucher/innen mittlerweile das Doppelte.**

Die Preise sind direkt vom Weltmarktpreis für Rohöl abhängig. Aber dieser Preis ist kein Naturgesetz – er wird **durch Spekulationen in die Höhe getrieben**. Seit dem Platzen der Hypothekenblase in den USA spekulieren Investoren verstärkt mit Rohstoffen – also auch mit Rohöl. Somit bezahlen Verbraucher/innen an der Tankstelle einen Preis, der durch Börsenspekulation in die Höhe getrieben wurde.



Wegen der weltweit **nachlassenden Konjunktur sank die Nachfrage** nach Rohöl. Wenn die Preissteuerung von Angebot und Nachfrage abhängig wäre, hätte dies zu niedrigeren Preisen führen müssen. **Doch der Rohölpreis stieg!**

Die Mineralölkonzerne verdienen gut an den Spekulationsaufschlägen. Durch ihr Monopol können sie zudem die Preise an den Tankstellen bestimmen.

Die Ölkonzerne verdienen sich dabei eine goldene Nase. Die Gewinne der Öl-Multis im 4. Quartal 2011: Exxon Mobil: 9,4 Milliarden Dollar, BP: 7,6 Milliarden Dollar, Royal Dutch

Shell: 6,5 Milliarden Dollar. Diese Sprit-Abzockerei muss beendet werden! Denn **die Verbraucher/innen müssen das Benzin nehmen – egal wie teuer es ist**. Wo keine Busse und Bahnen fahren, müssen Pendler/innen das Auto benutzen. Das ist auch eine Folge der verfehlten Verkehrspolitik und der klammen Kassen der Kommunen. Am Personennahverkehr wird gespart, deshalb müssen viele ein Auto nehmen, um zur Arbeit zu kommen. Auch aus ökologischen Gründen ist es wichtig, dass die Preise nachvollziehbar sind.

In einigen Ländern, z. B. Luxemburg, gibt es eine gesetzliche Preisregulierung. Dort kostet das Benzin pro Liter etwa 30 Cent weniger als in Deutschland. Auch das ist möglich.

Deswegen fordert DIE LINKE:

- eine Erhöhung der Spritpreise nur mit Zustimmung des Kartellamtes,
- kurzfristig eine Erhöhung der Pendlerpauschale um 15 auf 45 Cent pro Kilometer,
- langfristig die Umwandlung der Pendlerpauschale in ein sozial gerechtes Pendlergeld, das Bezieher/innen kleiner und mittlerer Einkommen deutlicher entlastet,
- die Entwicklung eines leistungsfähigen Öffentlichen Personennahverkehrs,
- die Entflechtung der Mineralölkonzerne.

DIE LINKE.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 009 999; Fax: 030/24 009 541
partei.vorstand@die-linke.de
www.die-linke.de
V.i.S.d.P. Caren Lay, Werner Dreibus